

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 40 (1946)
Heft: 11

Rubrik: Schweizerische Rundschau

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 19.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Diskussion gestellt. Wird hier endlich einmal die längst fällige große Wendung kommen? Die jüngsten programmatischen Erklärungen *Bevins* scheinen anzudeuten, daß sich die britische Regierung tatsächlich zu einer neuen Haltung gegenüber Deutschland entschlossen habe, mit dem *politischen* Ziel einer demokratisch-föderalistischen Ordnung Gesamtdeutschlands und dem *wirtschaftlichen* Ziel einer weitgehenden Sozialisierung der deutschen Industrie aller Zonen, die dann freilich jeden Sinn verlieren würden. Aber wenn dieser Plan wirklich, wie Michael Foot im "Daily Herald" schreibt, in den Menschen eine neue Hoffnung auf die Lösung des unheilvoll drohenden deutschen Problems entzünden soll, dann muß er auch rasch durchgeführt werden. Und davon merkt man eben vorderhand noch gar nichts. „Seitdem Bevin die neue Politik Großbritanniens in Deutschland verkündet hat, ist *nichts geschehen*“, wird der „Neuen Zürcher Zeitung“ aus London berichtet; es bestehe sogar der Eindruck, „die Dinge würden in mancher Hinsicht nicht besser, sondern schlechter“. Der öffentlichen Meinung Großbritanniens bemächtigt sich denn auch ein wachsendes Unbehagen über das Verfagen der englischen Besetzungsbehörden (das allerdings kaum größer ist als dasjenige der übrigen drei alliierten Militärzentralen), und die Stimmen, die energisch auf Abstellung dieses „Skandals“ dringen, mehren sich in erfreulichem Maße.

Eine gründliche sozialistisch-föderalistische Neugestaltung Deutschlands, wie die Labourregierung sie ins Auge faßt, würde zwar wohl in Amerika auf scharfen Widerstand stoßen, wo man die europäischen Dinge in ganz anderer Perspektive sieht, besonders nach dem Wahlsieg des "Big Business", kaum aber in Frankreich, schon im Hinblick auf die Ruhrfrage, die auf kapitalistischem Boden nicht gelöst werden könnte, und erst recht nicht bei Rußland. Sie könnte sogar ein Hauptmittel sein, um die russische Furcht vor der Auspielung eines nationalistisch-kapitalistischen Deutschland gegen die Sowjetunion zu zerstreuen und eine dauerhafte Zusammenarbeit zwischen Ost und West herbeizuführen; denn gegen eine geschlossene sozialistische Front Englands, Frankreichs und Rußlands könnte auch das kapitalistische Amerika nicht mehr viel ausrichten, das für seine weltpolitischen Absichten durchaus auf England angewiesen bleibt. Auf England ruht so eine schwere Verantwortung. Möge es sich auf der vollen Höhe seiner weltgeschichtlichen Aufgabe zeigen!

12. November 1946.

Hugo Kramer.

Schweizerische Rundschau

Rüstungswirrwarr In der Welt draußen ist die Abrüstung neuerdings auf die Tagesordnung gesetzt — in der Schweiz hört man immer nur von *Aufrüstung* reden. Unsere Öffentlichkeit wird in der Tat andauernd mit neuen, sich zufehlens steigern-

den Militärforderungen in Atem gehalten. Im Vordergrund steht augenblicklich der massive Ausbau der Luftwaffe, die vorerst einmal durch die Anschaffung von hundert schnellen Jagdflugzeugen ein wenig modernisiert werden soll. Gleichzeitig sollen aus amerikanischen Armeebeständen ein paar tausend Jeeps (leichte Militärautos) angekauft werden. Die Bereitstellung armeetauglicher Lastwagen soll durch vermehrte Subventionen gefördert werden. Im Mittelland — also nicht mehr im Bergréduit — will man planmäßig Zeughäuser bauen und Mobilisationsstützpunkte anlegen. So jagt eine Forderung die andere, und die Ausicht, daß die Militärausgaben für 1947 (im ordentlichen Voranschlag stehen schon jetzt 434 Millionen, ohne die sicheren Extrakredite) wesentlich unter denjenigen für das laufende Jahr (729 Millionen) gehalten werden können, schrumpft mehr und mehr zusammen.

Offenbar stehen wir mitten drin in den Vorbereitungen für die *große Aufrüstung*, für die seinerzeit die Schweizerische Offiziersgesellschaft ein geradezu phantastisches Programm aufgestellt hat, die aber für die verantwortlichen Behörden gar nichts Beunruhigendes an sich zu haben scheint. Grundsätzlich ist sich alles einig, daß sich die Schweiz am Rüstungswettlauf, als dem sichersten Mittel, einen neuen Krieg zu verhindern, ebenfalls beteiligen müsse; über die Einzelheiten allerdings sind sich die Fachleute noch keineswegs einig, ja es herrscht unter ihnen anscheinend die größte Verwirrung über Richtung und Inhalt der „Armeereform“, die in den nächsten Jahren durchgeführt werden müsse¹⁾). In der „Neuen Zürcher Zeitung“ wundert sich ein Offizier geradezu darüber, „daß die Verwirrung nicht größer ist“, als dies ohnehin der Fall sei. Es sei „psychologisch ein starkes Stück, die Armee aus dem Réduit herauszunehmen und ihr offenkundig wiederum den Kampf im Mittelland zuzumuten, ohne daß auch nur der Versuch einer Erklärung, beziehungsweise Begründung gemacht wird“, dies insbesondere, da der Réduitgedanke „durch die offizielle Publizität bei nahe in den Rang einer Religion erhoben worden“ sei. Es bedürfe darum, so meint der Artikelschreiber, eines sorgfältig überlegten *Aufklärungsfeldzuges*, der dem Volke das neue Rüstungsprogramm mundgerecht machen müsse; für die Landesverteidigung müßten eben nötigenfalls „die größten Opfer gebracht werden, und zwar nicht nur

¹⁾ Ein Anzeichen dafür ist die jüngste Verabschiedung des Waffenches der Infanterie, Oberstdivisionärs Probst, der jetzt plötzlich als „unfähig“ erklärt wird, nachdem er fast die ganze Kriegszeit hindurch einen der wichtigsten Posten in der Armee hatte bekleiden dürfen. In Wirklichkeit scheint es sich um Cliquenkämpfe in den oberen Militärregionen zu handeln, wobei besonders interessant ist, daß sowohl der Nachfolger des Herrn Probst, Oberst Berli, als auch sein bisheriger Vorgesetzter, Oberstkorpskommandant Frick (der Bruder des „Fronten-Frick“), nach unwiderprochen gebliebenen Behauptungen der *bürgerlichen* Presse stark autoritär-demokratiekritisch eingestellt und dem preußischen Ideal des „Nur-Militärs“ ergeben sein sollen.

militärisch, sondern auch wirtschaftlich, finanziell und geistig“.
(Geistig?)

Aehnliche Töne hat beim Rütlischießen auch Bundespräsident Kobelt angeschlagen, der die Notwendigkeit einer umfassenden militärischen Aufrüstung und Ausbildung (man verlangt ja acht bis zwölf Monate Rekrutenschule) unter anderem mit der Möglichkeit begründete, „daß bei künftigen kriegerischen Verwicklungen unsere Armee aus der *Mobilmachung heraus zum Kampf antreten* muß und nicht mehr Gelegenheit finden wird, während einer längeren Aktivdienstzeit *Verfäumtes nachzuholen*“.

Angesichts der Feststellung von General Guisan über den Mangel an Vorbereitung der Armee auf den Ernstfall ist diese Auffassung, vom üblichen militärischen Standpunkt aus gesehen, nicht unverständlich; im Blick auf die ganze Weltlage und die Situation der Schweiz im Falle eines neuen Krieges ist sie einfach trostlos. *Uns* scheint, der Aufklärungsfeldzug, der jetzt nötig ist, müsse sich ein ganz anderes Ziel setzen als die Gewinnung des Volkes für die Annahme der ungeheuren Opfer einer vermehrten Kriegsrüstung; er muß auf die schohnungslose Aufhellung der *wirklichen* Lage ausgehen, in welche die Schweiz geriete, wenn, mit den revolutionären Mitteln der modernsten Massenvernichtungstechnik geführt, ein dritter Weltkrieg über die Erde, und besonders über Europa, hinrasen sollte. Wenn dem Volk diese Lage gänzlich klargemacht werden könnte und die täufschenden Nebel, die sie verhüllen, zerstreut würden, dann gäbe es sich auch darüber Rechenschaft, was heute für die Schweiz die einzige realistische Landesverteidigung ist: die Anspannung aller Kräfte für die Mitarbeit am internationalen Werke der *Kriegsverhinderung* und die Eingliederung der Schweiz in ein System *kollektiver Friedenssicherung*, in dem jeder Staat seinen Kräften entsprechend die Völkerrechtsordnung zu verteidigen verpflichtet ist. Auf diesem Wege wird die Schweiz zuletzt allein gerettet werden; *der* Weg aber, den unsere Staats- und Armeeführer gehen, in der Erwartung, die Schweiz werde sich in einem allfälligen neuen Krieg aus eigener Kraft am besten behaupten können, ist ein Weg der Verblendung und kann Volk und Land in schwerstes Verderben führen.

Finanzwirrwarr Auch auf dem Gebiete der Bundesfinanzen herrscht zunehmende Verwirrung der Geister und Doktrinen. Die Schulden der Eidgenossenschaft wachsen beängstigend. Das budgetierte Defizit für das nächste Jahr beträgt trotz allen Abstrichen immer noch gegen 300 Millionen Franken. Die bisher bekanntgewordenen Sanierungsvorschläge sind so uneinheitlich wie die Anschauungen und Interessen, aus denen sie hervorgegangen sind. Im rechtsbürgerlichen Lager ist man sich noch nicht einmal einig, ob eine Bundesfinanzreform überhaupt nötig sei oder nicht. Während gewisse Kreise

die Lage der Bundesfinanzen möglichst schwarz malen, um ja die sozialpolitischen Begehrungen nicht „überborden“ zu lassen (von den Militärausgaben spricht man in diesem Zusammenhang lieber nicht), hat die „Neue Zürcher Zeitung“ plötzlich entdeckt, daß es mit den eidgenössischen Finanzen eigentlich gar nicht so bös stehe; England und Amerika hätten viermal soviel Staatschulden wie die Schweiz, und rein wirtschaftlich gesehen dränge sich eine stärkere Schuldentilgung keineswegs auf. Aber der Verdacht liegt nahe, daß es nur die Abneigung gegen eine stärkere Heranziehung des *Besitzes* und der großen Einkommen (nach englischem und amerikanischem Vorbild) sowie die Furcht vor einer Verringerung der Rendite der Bundestitel bei rascher Abtragung der Bundeschulden ist, was diesen Zweckoptimismus bewirkt hat. Und das Finanzchaos würde gewiß nur noch heilloser, wenn man im gleichen Stil weiterwursteln wollte wie bisher und die längst fällige gründliche Kurierung der Bundesfinanzen immer weiter hinausgeschoben.

Wirtschaftswirrwarr Ein richtungsloses Durcheinander kennzeichnet schließlich auch die schweizerische Wirtschaftspolitik. Die gegenwärtige Hochkonjunktur selbst ist ein Ausdruck des anarchischen Zustandes unserer Wirtschaft. Die Ausfuhr ist wild und ungeregelt in die Höhe geschossen; sie ist heute größer als jemals seit 1929, dem Jahr, da der letzte große Wirtschaftszusammenbruch begann. In der Binnenwirtschaft aber ist womöglich noch planloser drauflos gegründet und investiert worden; hier sind, noch ohne Landwirtschaft und Baugewerbe, zurzeit über 400 000 Personen mehr beschäftigt als im Jahre 1929. Daß diese Aufblähung der Inlandsproduktion Bestand haben könne, erscheint ausgeschlossen; ein großer Teil der konjunkturbedingten Kapitalanlagen wird sich über kurz oder lang als Fehlanlage erweisen mit nachfolgender katastrophaler Entwertung, mit Preiszusammenbrüchen und Personalentlassungen, und dann haben wir die Krise auch dann, wenn nicht schon vorher ausländische Einflüsse unsere Wirtschaft zurückbilden werden.

Planmäßige *Wirtschaftslenkung* und Konjunkturstabilisierung wäre unter diesen Umständen eine Selbstverständlichkeit (im „Neuen Bund“ macht Dr. Eugen Steinemann dafür eine Reihe praktischer Vorschläge) — aber der Bundesrat röhmt es in seiner Botschaft gegen die sozialdemokratisch-gewerkschaftliche Initiative für Wirtschaftsreform und Rechte der Arbeit geradezu als entscheidenden Vorzug des gegenwärtigen Wirtschaftssystems, daß es „durch das *Fehlen* einer zentralen Lenkung charakterisiert“ sei, und daß „die wirtschaftliche Initiative und damit auch in erster Linie die Sorge für ihre wirtschaftliche Existenz“ den einzelnen Staatsbürgern überlassen bleibe. Wie diese „einzelnen Staatsbürger“ — die dünne Schicht der Besitzer und Kontrolleure unserer nationalen Wirtschaftsmittel — für *ihre* wirtschaft-

liche Existenz zu sorgen wissen, darüber sind wir allerdings nachgerade so gut im Bilde wie darüber, was unter ihrer Leitung aus der wirtschaftlichen Existenz des *übrigen* Volkes wird. Daß *wirkliche* Ordnung in Wirtschaft, Staat und Volksleben der Schweiz hineinkomme, und daß sich die Schweiz auch in eine feste Ordnung des Völkerlebens ohne anmaßende Vorbehalte einfüge, das muß darum stets unser entscheidendes, dringlichstes Anliegen in bezug auf die öffentlichen Angelegenheiten der Eidgenossenschaft sein.

14. November 1946.

Hugo Kramer.

Aus Deutschland

Prinzipienerklärung der religiösen Sozialisten Deutschlands

Der Arbeitskreis für Christentum und Sozialismus will Menschen sammeln, die wissen, daß die Erneuerung der Gesellschaft nicht nur sozialistische Gestaltung des Wirtschaftslebens sein muß, sondern auch eine Erneuerung des Menschen, der Familie, des gesamten Gemeinschafts- und Kulturlebens im Geiste der Liebe, der Freiheit, der Wahrheit und Gerechtigkeit.

— Das ist die Erneuerung, zu der Jesus Christus die Menschheit gerufen hat und ruft. —

Die Menschheitskatastrophe, in der wir stehen, wird andauern, bis diese Erneuerung des Wirtschafts- und Geisteslebens der Menschheit klar und stark begonnen hat. Sie ist ja hervorgerufen durch die Zersetzung aller geistigen Grundlagen des Daseins, die der Kapitalismus wirkte. Sie wird nur überwunden durch eine geistige Erneuerung, die sich in einer sozialistischen Gestaltung des Wirtschafts- und Rechtslebens auswirken muß.

So fühlen wir uns verpflichtet, innerhalb der sozialistischen Bewegung und Parteien an der Neugestaltung von Recht und Wirtschaft mitzuwirken. Zugleich aber fühlen wir uns dafür verantwortlich, daß innerhalb der sozialistischen Bewegung die Kräfte des religiösen Lebens gepflegt und geweckt werden, ohne die eine geistige Erneuerung unmöglich ist.

Die sozialistische Bewegung wird ihren Schicksalsauftrag für die Menschheit nur erfüllen können, wenn sie die Kräfte des Geistes in sich aufnimmt, die aus ewiger Quelle ins Menschsein fließen. Nur im Lichte des ewigen Menschheitsauftrages, der in Jesus Christus zu volliger Deutlichkeit gekommen ist, wird die sozialistische Bewegung zur vollen Klarheit der gewaltigen Gesamtaufgabe kommen, die sie zu vollbringen hat, wenn sie dem Menschen, den Völkern, der Menschheit Frieden, Freiheit und Gerechtigkeit bringen soll.

Den Kirchen und religiösen Gemeinschaften fühlen wir uns auch zur Mitarbeit verpflichtet. Ihnen rufen wir zu, daß sie die Botschaft von der umwälzenden Macht des Geistes Jesu Christi zu Tat und Wahrheit im Leben der Gesellschaft wandeln sollen und müssen. Es ist Gottes Schicksal, das dem Geschlechte dieser Zeit die große Aufgabe stellte. Kirchen und religiöse Gemeinschaften, die für diesen Ruf Gottes taub wären, würden ihrer Verantwortung untreu.

Wir ersehnen die Zeit, da die glühende Sehnsucht der Massen nach Neugestaltung des Gesellschaftslebens in Freiheit und Gerechtigkeit eins wird mit dem Rufe Jesu Christi nach Erneuerung des gesamten Daseins im Geiste Gottes. Wo dies Einstwerden sich gestaltet, da erhebt sich die entscheidende Klarheit und Kraft des aufsteigenden neuen Tages der Menschheit.